

«Eine Beteiligung der FDP ist positiv für die Schweiz»

Welche Bedeutung haben die Wahlen in Deutschland für unser Land? Erste Reaktionen aus Bern.

Fabian Renz

BERN Noch ist unklar, wer in Deutschland Nachfolger von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird. Die meisten Stimmen hat aber die SPD mit ihrem Kandidaten Olaf Scholz erhalten – und so finden in der Schweiz denn auch selbst Bürgerliche wie Nationalrat Rino Büchel (SVP), dass Scholz' Gegenspieler Armin Laschet die geringere Legitimation besitzt, die Kanzlerschaft für sich zu reklamieren.

Ansonsten beurteilen die angefragten Mitglieder der Ausserpolitischen Kommissionen das Wahlergebnis vorsichtig optimistisch. Insbesondere der voraussichtliche Einzug der FDP in die Regierung stimmt manche Parlamentarierinnen und Parlamentarier hierzulande zuversichtlich. Mit einem liberalen Standpunkt wachse das Verständnis für die Schweizer Positionen, glauben sie.

Andrea Caroni, FDP-Ständerat: «Lindner ist der grösste Schweiz-Freund»



Bild Keystone

«Ich freue mich vor allem über den Aufwärtstrend der FDP. Christian Lindner ist unter allen deutschen Spitzenpolitikern der grösste Schweiz-Freund. Er hat zu unserem Land ein enges Verhältnis, ich kenne ihn auch persönlich. Er dürfte in der neuen Regierung einen wichtigen Ministerposten erhalten. Doch egal, welche Regierung sich am Ende bildet, die Schweiz wird sicher nicht oben auf der Prioritätenliste stehen. Aber mit einer bürgerlich geführten Koalition wäre die Zusammenarbeit wohl einfacher, da sie uns in wesentlichen Fragen – Luftverkehr, Steuern – näher steht als die SPD.»

Roland Büchel, SVP-Nationalrat: «Scholz und Laschet sind EU-Fans»



Bild Keystone

«Das Resultat ist ein Desaster für die CDU. Es zeigt, was passiert, wenn man seinen Kompass aufgibt, wie das bei der CDU unter Angela Merkel geschehen ist. Wenigstens hat sich die FDP einigermaßen gut geschlagen. Für die Schweiz wäre eine bürgerliche deutsche Regierung besser. Aus demokratiepolitischer Sicht muss man aber sagen, dass Herr Laschet wohl kaum einen Wählerauftrag zur Regierungsbildung erhalten hat. Mit einem zurückgebundenen Sozialisten à la Gerhard Schröder als Bundeskanzler könnte man wohl leben. Leider sind sowohl Scholz als auch Laschet absolute EU-Fans. Vieles würde erleichtert, wenn sie mehr auf ih-

re eigenen Grenzregionen als auf den Machtapparat in Brüssel hörten.»

Elisabeth Schneider-Schneiter, Mitte-Nationalrätin: «Es bestätigt die Richtigkeit unseres Aufbruchs»



Bild Keystone

«Ich bedaure die Verluste unserer Schwesterpartei CDU. Es bestätigt aber die Richtigkeit des Aufbruchs, den unsere Partei hier in der Schweiz eingeleitet hat: mit einem klaren Programm und dem Loslösen von überholten Wertvorstellungen. Für die Schweiz wäre eine CDU-geführte Regierung von Vorteil: Die Europäische Kommission ist stark christlich-demokratisch geprägt, und wir arbeiten innerhalb der christlich-demokratischen Parteienfamilie darauf hin, das Verständnis für die Schweizer Standpunkte zu verbessern.»

Tiana Moser, GLP-Nationalrätin: «Eine Regierungsbeteiligung der FDP ist positiv für uns»



Bild Keystone

«Das Resultat ist vor allem auch ein persönlicher Erfolg für Olaf Scholz. Eine Regierungsbeteiligung der FDP mit ihrem liberalen Weltbild ist tendenziell positiv für die Schweiz. Wichtig sind aber vor allem unsere Beziehungen zur EU. Angela Merkel hatte in Brüssel grossen Einfluss, und solange ihr Nachfolger dieses Vakuum nicht gefüllt hat, wird der Einfluss von Frankreich gross sein. Es ist davon auszugehen, dass Olaf Scholz als ehemaliger Finanzminister auf europäischer Ebene deutlich besser vernetzt ist.»

Eric Nussbaumer, SP-Nationalrat: «Man sollte möglichst breite Wählerschichten ansprechen»



Bild Keystone

«Es hat mich erstaunt, wie stark der Umschwung von CDU zu SPD ausgefallen ist. Zu verdanken ist das dem Kandidaten Scholz und dem Programm hinter seiner Kandidatur. Hohe Mieten und tiefe Löhne belasten viele Menschen. Die SPD hat hier Lösungen anzubieten. Für mich zeigt sein Erfolg auch, dass man als Mitte-links-Partei möglichst breite Wählerschichten ansprechen sollte. Wer am Ende Kanzler wird, ist offen – für die Schweiz spielt es allerdings keine grosse Rolle. Beide Kandidaten sind der Ansicht, dass es für den europapolitischen Sonderfall Schweiz eine institutionelle Lösung braucht.»

Grüne und FDP suchen sich

In Deutschland wirbt Wahlsieger Olaf Scholz (SPD) um die Grünen und die FDP. Armin Laschet von der CDU muss froh sein, wenn er sich an der Spitze der Union halten kann.

Dominique Eigenmann

BERLIN Falls Olaf Scholz sich gefreut hat, war es jedenfalls nicht leicht zu sehen. Kurz nach neun Uhr morgens, am Tag nach einer denkwürdigen Bundestagswahl, stand er auf der Bühne des Hauptquartiers der deutschen Sozialdemokraten in Berlin und hielt einen Blumenstraus in der Hand wie ein Schützenkönig aus der Provinz. Neben ihm standen Manuela Schwesig und Franziska Giffey, Siegerinnen der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, mit den gleichen Blumen und Mienen.

Erst als Scholz seine berüchtigt tonlose Stimme in Gang setzte, wurde klar, dass er seine Mimik nur dem Ernst der Aufgabe angepasst hatte und sein Gesicht ultimative Entschlossenheit ausdrücken sollte.

Seine SPD habe die Wahl gewonnen, sprach Scholz, auch die Grünen und die FDP seien gestärkt worden. Er leite daraus den Auftrag ab, dass diese drei Sieger zusammen die nächste Regierung bilden sollten, um Deutschland gut in die 20er-Jahre zu führen. Die Union dagegen habe stark verloren. Die Wählerinnen und Wähler hätten damit eine simple Botschaft ausgesandt – «dass CDU und CSU in die Opposition gehören».

Im Hauptquartier der Christdemokraten klang dies fünf Stunden später nahezu umgekehrt. Die SPD habe 25 Prozent der Stimmen erhalten, die CDU 24 Prozent, sagte CDU-Chef Armin Laschet. Olaf Scholz könne daraus genauso wenig einen klaren Regierungsauftrag ablesen wie er selbst. «Ich wäre gerne auf Platz 1 gewesen», sagte er mit zerknautschtem Gesicht. «Aber wir sind Platz 2.»

Laschet, der seit 2017 in Nordrhein-Westfalen mit der FDP regiert, erneuerte sein Angebot an Grüne und Liberale, von Platz 2 aus Gespräche über eine gemeinsame Regierung aufzunehmen. «Kanzler wird, wer im Bundestag eine Mehrheit hinter sich bringt.» Ein Regierungsbündnis sei weder eine «Zwangsehe» noch «blosse Arithmetik», sondern müsse ein politisches Projekt sein.

Söder: So kann es nicht weitergehen

Ähnliche Sätze hatte Laschet schon am Wahlabend gesagt, am Tag danach war die Stimmung bei der CDU jedoch eine ganz andere. Über Nacht war das katastrophale Wahlergebnis offenkundig in die Köpfe eingesickert. Ministerpräsidenten aus dem Osten nahmen vor den Kameras und in internen Sitzungen der CDU kein Blatt mehr vor den Mund und kritisierten Laschet auch persönlich hart. CSU-Chef Markus Söder sprach in München unumwunden von einer «Niederlage», die man nicht schönreden dürfe und nach der es in der Union nicht weitergehen dürfe wie zuvor.

Laschet wiederum relativierte den Anspruch auf das Kanzleramt, den er am Sonntagabend nach verllorener Wahl noch fast so offensiv angemeldet hatte wie 2005 der gestürzte SPD-Kanzler Gerhard Schröder. Man unterbreite den Grü-

nen und der FDP nur Angebote, sagte Laschet nun auf einmal. Ansprüche habe man keine, ebenso wenig einen «Regierungsauftrag». Und er räumte ein, dass er am schlechten Ergebnis persönlich mitschuldig sei.

Naturgemäss gelöster war die Stimmung bei Grünen und Liberalen. Sie freuten sich nicht nur über ihr gutes Ergebnis, sondern auch über die Tatsache, dass ohne sie in Deutschland diesmal wahrscheinlich nicht regiert werden kann.

FDP-Chef Christian Lindner hatte überraschend schon am Wahlabend angekündigt, dass er zuerst mit den Grünen sprechen wolle – und erst dann mit SPD und Union. Der 42-Jährige hofft, FDP und Grüne könnten sich auf Forderungen einigen, mit denen sie SPD und Union gemeinsam gegenüber treten könnten. Dies würde es Scholz und Laschet erschweren, die kleineren Parteien gegeneinander auszuspielen.

FDP und Grüne denken beide mit Schrecken an die gescheiterten Verhandlungen mit Angela Merkel 2017 zurück. Vor allem die FDP wurde damals den Eindruck nicht los, die Union habe sich mit den Grünen eigentlich schon geeinigt.

Robert Habeck, gemeinsam mit Annalena Baerbock Co-Chef der Grünen, sah darin am Montag eine gewisse Logik: «Inhaltlich gibt es zwischen FDP und Grünen die grössten Unterschiede. Insofern macht es Sinn, in einem ersten Schritt mögliche Gemeinsamkeiten auszuloten.» Sein Verhältnis mit der FDP nannte er eine «geübte Gegnerschaft». Da prallten Welten aufeinander. Trotzdem könne man zusammenfinden und ein gemeinsames politisches Projekt definieren.

Habeck, nicht die gescheiterte Kanzlerkandidatin Baerbock dürfte dabei die zentrale Rolle spielen: Der 52-Jährige hat in Schleswig-Holstein 2017 schon einmal eine Jamaika-Regierung mit CDU und FDP ausgehandelt. Nach Informationen der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» soll er nun in einer Regierung mit Beteiligung der Grünen auch Vizekanzler werden.

FDP und Grüne denken beide mit Schrecken an die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen mit Angela Merkel 2017 zurück. Vor allem die FDP wurde damals den Eindruck nicht los, die Union habe sich mit den Grünen eigentlich schon geeinigt und stelle sie vor vollendete Tatsachen. Habeck wiederum beklagte am Montag die ständigen Indiskretionen, die Verhandlungen eigentlich unmöglich gemacht hätten. Man wolle aus den Fehlern lernen. Habeck,

Baerbock und Lindner verbargen am Tag nach der Wahl keineswegs, dass sie klare Prä-



Mal sehen, was geht: Annalena Baerbock, Co-Chefin der deutschen Grünen und